



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln am 13.05.2020.

Sitzungsort: im Bürgerzentrum Schulze Frenking, Schulze Frenkings Hof 40, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:14 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende

Manuela Mahnke Bürgermeisterin

Ratsmitglieder

Wolfgang Danziger	SPD	Vertreter für Herrn Bahceci
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die GRünen	
Manfred Gausebeck	SPD	
Martin Gesmann	CDU	
Norbert Gosekuhl	CDU	
Margarete Große Wiesmann	CDU	
Karl Hauk-Zumbülte	UBG	
Stephan Hofacker	ÖLiN	
Claudia Jürgens	SPD	
Brigitte Kleinschmidt	UBG	
Paul Leufke	CDU	
Volker Ludwig	SPD	
Heinz Mentrup	CDU	
Klaus Overesch	CDU	
Hartmut Rulle	CDU	

Georg Schulze Bisping	CDU	anwesend ab 19:42 Uhr, TOP A 4
Jan Van de Vyle	UBG	
Herbert van Stein	UBG	Vertreter für Frau Tiefenbach
Helmut Walter	FDP	

Von der Verwaltung

Doris Block	
Katja Frerick	anwesend bis 22:00 Uhr, TOP A 6
Daniel Krüger	
Thomas Lechtenberg	
Peter Scheunemann	anwesend bis 20:00 Uhr, TOP A 4
Jonas Sonntag	

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Sitzungsniederschrift wird einstimmig Ratsherr Van de Vyle bestimmt.

3	Mitteilungen
----------	---------------------

Die Bürgermeisterin geht auf die von dem Schlachtbetrieb Westfleisch in Coesfeld ausgelöste Infektionswelle mit Corona-infizierten Mitarbeitern ein und erläutert die weitere Vorgehensweise auf Kreisebene und seitens der Gemeinde. In Nottuln leben 196 Westfleischmitarbeiter an 12 Standorten. Davon seien bzw. wären insgesamt 131 Menschen unter Quarantäne gestellt worden (51 Direktinfizierte und 80 Kontaktpersonen). Die Aufsicht erfolge durch das Ordnungsamt und weitere Verwaltungsmitarbeiter, die im Schichtbetrieb die Einhaltung der Quarantäne beaufsichtigen. Insgesamt könne auf Kreisebene mit dieser Infektionswelle die Obergrenzenregelung nicht eingehalten werden. Folglich sei es zu einer Rücknahme der Lockerungen durch das Land und zu einer Schließung des Schlachtbetriebes gekommen. Die Gemeinde Nottuln sei gut aufgestellt, so die Bürgermeisterin. Sie hebt in diesem Zusammenhang kritisch hervor, dass sie sich als Kommune vom Land im Stich gelassen fühle. Keiner frage nach ausreichender Schutzkleidung und vorhandenem Personal. Neben den vier Mitarbeitern im Ordnungsamt sei die Krise nur mit weiteren Verwaltungsmitarbeitern zu bewältigen, denen sie ein großes Lob ausspreche. Ein weiterer Dank gehe an die Presse für die gute Berichterstattung.

Zum weiteren Ablauf der heutigen Sitzung informiert die Bürgermeisterin über zwei Tischvorlagen. Die Tischvorlagen-Nr. 059/2020 (Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 GO – Abwägung einer

Öffnung des Wellenfreibades unter Pandemiebedingungen) werde unter dem hinzuzufügendem TOP A 4 und die Tischvorlagen-Nr. 058/2020 (Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners) unter dem TOP A 5 beraten. Der TOP „Freiwillige Konsolidierungsvereinbarung zum Haushalt 2020“ verschiebe sich entsprechend. Die Aussprache erfolge unter dem TOP A 6.

4 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Gemeindeordnung NW

Abwägung einer Öffnung des Wellenfreibades unter Pandemiebedingungen Vorlage: 059/2020

Die Tischvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 1 beigelegt.

Herr Scheunemann erläutert den Sachverhalt. Er informiert, dass am 11.05.2020 ein Gespräch mit Vertretern des Gesundheitsamtes des Kreises Coesfeld stattgefunden habe. Demnach habe die Inbetriebnahme des Nottulner Wellenfreibades nach dem Pandemieplan des Bundesfachverbandes öffentliche Bäder zu erfolgen. Für eine eventuelle Umsetzung der Vorbereitungsmaßnahmen dürfe keine wertvolle Zeit verloren gehen. Falls der Betrieb des Freibades aufgenommen werden sollte, sei mit einem Verlust von rund 80.000,- € bis 100.000,- € zu rechnen, der durch den Gemeindehaushalt auszugleichen sei. Weiterhin sei bei einer Öffnung mehr Personal notwendig. In diesem Zusammenhang lobt Herr Scheunemann die DLRG Ortsgruppe Nottuln, die den Bäderbetrieb hilfreich unterstütze. Die Wellenanlage bleibe wegen der Infektionsgefahr außer Betrieb. Ebenso bleiben die Sammelumkleiden und die Duschräume geschlossen. Bei der Abwägung der Öffnungsfrage sei auch zu berücksichtigen, dass durch neue Verordnungen eine Schließung des Bades jederzeit möglich sei. Falls die Freibadsaison 2020 entfallen sollte, sei für die Mitarbeiter eine Kurzarbeiterregelung möglich.

Ratsherr Van de Vyle möchte zwar die Öffnung des Bades, der 30. Mai sei allerdings bedenklich. Herr Scheunemann weist auf die Corona-Schutzordnung hin, die eine Öffnung frühestens am 30. Mai erlaube. Dieser Hinweis wird in den Beschlussvorschlag (Alternative 1) aufgenommen. Ratsherr Rulle bedankt sich für die Beschlussvorlage und hebt die Frage der Personenbegrenzung und die Einhaltung des Mindestabstandes hervor. Weiterhin fragt er nach Möglichkeiten für eine Anmeldung der Besucher im Internet. Herr Scheunemann informiert, dass sich die Personenanzahl aus dem Verhältnis der Liegewiesen zu den Beckenbereichen ergebe. Bei einer maximalen Anzahl von 900 Besuchern dürften 300 Personen die Schwimmbecken aufsuchen. Die weiteren 600 Personen müssten sich auf den Liegewiesen aufhalten. Ein weiterer Dank für die gut ausgearbeitete Beschlussvorlage erfolgt von Ratsfrau Kleinschmidt, die die Öffnung des Bades kritisch sieht, da es sich um ein Unsicherheitsrisiko ersten Ranges handle. Ratsfrau Jürgens teilt mit, dass die SPD für die Öffnung stehe. Trotz der erschwerten Bedingungen müsse die Möglichkeit einer Öffnung geschaffen werden, da für viele Familien der Urlaub ausfalle. Ratsherr Walter hält das Öffnen mit Einschränkungen vor allem für die jüngere Bevölkerung für vertretbar. Ebenso begrüßt Ratsfrau Dr. Diekmann die Öffnung.

Frau Block gibt zu bedenken, dass der Verlust der Bäder in Höhe von 80.000,- € bis 100.000,- € von der Gemeinde übernommen werden müsse. Ebenso könne durch neue Verordnungen der Betrieb jederzeit zurückgefahren werden. Die Bürgermeisterin erläutert eine Schließung des Bades gem. § 28 Infektionsschutzgesetz. Insofern werde sie die Geschehnisse beobachten.

Beschluss:

Der folgende Beschluss erfolgt gem. § 60 Abs. 1 GO NRW im Rahmen eines Dringlichkeitsbeschlusses:

Alternative 1

Das Wellenfreibad wird frühestens am 30.05.2020 für die Sommersaison entsprechend der Sachverhaltsdarstellung geöffnet. Sollte sich aus dem gemeinsamen Jahresabschluss der Wasser- und Energieversorgung/Bäder zum 31.12.2020 ein negatives Jahresergebnis ergeben, wird der Verlust durch den Gemeindehaushalt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 3 Enthaltung 1

5	Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners Vorlage: 058/2020
----------	--

Die Tischvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Die Bürgermeisterin erläutert den Sachverhalt.

Ratsherr Rulle weist darauf hin, die Gesundheit der Bevölkerung und den Einsatz von Bioziden genau abzuwägen. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass das ausschließliche Absaugen der Eichenprozessionsspinner nicht ausreichend gewesen sei. Das habe zu heftigen gesundheitlichen Reaktionen bei der Bevölkerung geführt. Die Biozide sollten an den Orten eingesetzt werden, wo viele Menschen zusammenkommen. Dieser Auffassung schließt sich Ratsfrau Dr. Diekmann an. Nach Abwägung aller Bedingungen sei das Mittel gezielt und nicht prophylaktisch einzusetzen. Leider sei nur eine prophylaktische Vorgehensweise in Nottun aus Zeitgründen der Fachfirma möglich, so die Bürgermeisterin. Dieser Vorgehensweise stimmt Ratsfrau Dr. Diekmann nicht zu. Ratsfrau Jürgens bejaht den gezielten Einsatz nach guter Abwägung, wobei in der SPD zu diesem Thema unterschiedliche Auffassungen bestehen würden. Ratsherr Walter möchte wissen, ob ein geplanter Einsatz zurückgenommen werden könne, wenn äußere Einflussfaktoren dies erforderten. Die Bürgermeisterin werde dies in den Vertragsklauseln berücksichtigen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Biozide zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Gemeindegebiet ausbringen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 6 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

6	Konsolidierungsvereinbarung zum Haushalt 2020 Vorlage: 055/2020
----------	--

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigelegt. Die beratende Konsolidierungsliste mit den Budgetkürzungen liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Ratsherr Danziger fordert von der Landesregierung einen kommunalen Rettungsschirm für die weitere Handlungsfähigkeit der Kommunen. Die Konsolidierungsliste sei zu begrüßen. Diese müsse jedoch wegen Unvollständigkeit optimiert werden. Weiterhin sei eine Verschiebung der Maßnahmen keine Hilfe, sondern nur ein Zeitgewinn. Aus diesem Grunde könne er sich an der Abstimmung nicht beteiligen oder diese ablehnen. Ratsfrau Jürgens benötigt mehr Informationen für eine Abwägung hinsichtlich der Einsparungen. In diesem Zusammenhang weist Frau Block darauf hin, dass es sich bei der Konsolidierungsliste um einen Vorschlag mit pflichtigen und freiwilligen Maßnahmen (z.B. Zuschüsse) handle, die zu diskutieren seien. Eine zeitliche Verschiebung kurzfristiger, nicht sicherheitsrelevanter Maßnahmen sei möglich, da im Haushalt keine „Luft“ bestehe. Ratsherr Van de Vyle sieht in den Verschiebungen finanzielle Vorteile, um so weitere Kreditaufnahmen umgehen zu können. Ratsherr Rulle gibt zu bedenken, dass mit dem Konsolidierungsprogramm die ansässige Wirtschaft durch das Wegbrechen der Kommune als Auftraggeber geschwächt werde. Somit sei das Programm zu diesem Zeitpunkt ein falsches Konzept, da die Wirtschaft wieder angekurbelt werden müsse. Es müsse ein Mittelweg gefunden werden zwischen der heimischen Wirtschaft und den Maßnahmen, die ohnehin nicht zu realisieren seien. Dieser Auffassung stimmt Ratsherr Walter zu. Ergänzend weist er darauf hin, dass bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes 2020 davon ausgegangen worden sei, dass Korrekturposten anstehen würden. Ratsherr Ludwig benötigt für Entscheidungen mehr Informationen zu einigen Sachverhalten, um dann die Beratung fortzuführen. Das Gemeinwesen solle durch das Sparprogramm nicht heruntergefahren werden. Die Bürgermeisterin unterbricht die Sitzung von 20:35 Uhr bis 20:45 Uhr.

Nach der Sitzungsunterbrechung ruft die Bürgermeisterin zwecks Beratung und Abstimmung die Produktbereiche nacheinander auf:

Produktbereich 01 Innere Verwaltung

Nach intensiver Aussprache wird der Ankauf von Flächen von 900 T€ auf 500 T€ reduziert. Ebenso könne die Digitalisierung von Bauakten (10 T€) zunächst gestrichen werden, da für diese Aufgabe noch kein Personal eingestellt worden sei, so Ratsfrau Jürgens. Auf ihre Frage hin zu der Dachsanierung des Verwaltungsgebäudes Stiftsplatz 8 erklärt Frau Frerick, dass die Gerüstmaßnahmen abgeschlossen worden seien. Eine Budgetkürzung in Höhe von 50 T€ sei möglich, da es sich um Einzelmaßnahmen handle. Den Vorschlag von Ratsherrn Van de Vyle, die Fortbildungskosten nicht zu reduzieren, lehnt Frau Block wegen geringer Angebote aufgrund der Corona-Pandemie ab. Die weiteren Kürzungen im Produktbereich 01 sind der Anlage dieser Niederschrift zu entnehmen.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 01: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung

Ratsherr Rulle möchte das Budget der Feuerwehr nicht reduzieren, da Einsparungen zum Motivationsverlust der Feuerwehrleute führen könnten. Ratsherr Van de Vyle stimmt dieser Auffassung zu. Er schlägt allerdings vor, den Einsatzleitwagen ins nächste Jahr zu verschieben. Dieser Vorschlag findet aber keine Zustimmung. Im weiteren Verlauf der Aussprache einigt sich das Gremium auf das Verschieben der beiden Notstromaggregate (Pos. 18 und 20 der Anlage Nr. 3a) in Höhe von rund 25 T€.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 02: einstimmig angenommen

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

Die Position 29 der Konsolidierungsliste wird wegen Doppelerfassung im Haushalt gekürzt. Da der Glasfaseranschluss an den Schulen noch nicht vorhanden sei, könne der Haushaltsansatz für die Hardware am Gymnasium reduziert werden, so Frau Block. Die Beschaffung von 200 iPads sei demzufolge aktuell noch nicht sinnvoll. Die SPD beantragt, die Haushaltsansätze für die Schulen bis auf die Positionen 29 und 31 zu belassen. Dieser Antrag wird von dem Gremium einstimmig angenommen.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 03: einstimmig angenommen

Produktbereich 04 Kultur

Ratsherr Van de Vyle beantragt, die Haushaltsansätze zu belassen, da diese in der Summe keinen großen Schaden anrichten könnten. Das Gremium stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Somit werden im PB 04 keine Kürzungen vorgenommen.

Beschluss im PB 04: einstimmig angenommen

Produktbereich 05 Soziale Leistungen

Ratsherr Rulle beantragt, keine Kürzungen im PB 05 vorzunehmen. Dieser Antrag wird von dem Gremium einstimmig angenommen.

Beschluss im PB 05: einstimmig angenommen

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Ratsherr Van de Vyle stellt den Antrag, keine Kürzungen zu beschließen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Ratsherr Rulle schlägt die Budgetkürzung in Höhe von 50 T€ für Investitionen auf Spielplätzen vor. Frau Block erläutert, dass aus dem Vorjahr noch eine Ermächtigungsübertragung von 65 T€ für die Beschaffung weiterer Spielgeräte zur Verfügung stehe. Der Vorschlag von Ratsherrn Rulle wird einstimmig mit 2 Enthaltungen angenommen.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 06: einstimmig angenommen

Produktbereich 08 Sportförderung

Aus Gründen der Transparenz wird in diesem Produktbereich und in den folgenden über jede Maßnahme einzeln abgestimmt. Mit mehrheitlichem Beschluss wird die LED-Beleuchtung in der Turnhalle Niederstockumer Weg und die Einrichtung eines Abstellraums in der Turnhalle Schapdetten verschoben.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 08: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung

Herr Sonntag wirbt für die Bereitstellung der Finanzmittel und weist auf langfristige Planungsprozesse hin. Mit mehrheitlichem Beschluss werden die Planungskosten (Ziff. 58 und 61 der Konsolidierungsliste) um insgesamt 40 T€ reduziert.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 09: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

Mit mehrheitlichem Beschluss stehen für die Umsetzung der Maßnahmen Sturmschadenbeseitigung Pastorskamp (230 T€) und die zusätzlichen Mittel für den ÖPNV (100 T€) sowie die Planungsmittel für die Entwicklung des ÖPNV (25 T€) weiterhin zur Verfügung. Die Maßnahmen mit den Ziffern 64, 65 und 70 der Konsolidierungsliste werden reduziert. Alle übrigen in der Konsolidierungsliste dargestellten Maßnahmen werden mit mehrheitlichem Beschluss verschoben.

Beschluss zu den Kürzungen im PB 09: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

Im PB 13 werden keine Kürzungen beschlossen.

Beschluss im PB 13: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

Die UBG-Fraktion stellt den Antrag, keine Kürzungen vorzunehmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Beschluss im PB 15: mehrheitlich angenommen

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Es erfolgt eine Korrektur der Gewerbesteuer (1,4 Mio. €) und der Einkommensteuer (0,3 Mio. €). Weiterhin erfolgt eine Einsparung im Energiebereich in Höhe von 130 T€.

7	Verschiedenes
----------	----------------------

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Manuela Mahnke
Vorsitzende

Jan Van de Vyle
Ausschussmitglied

Elke Schulz
Schriftführerin